

## Die wirtschaftliche Lage des Landes

### Mehr Firmenpleiten?

Frage: "Werden Unternehmen und Selbstständige die Krise überstehen?"

	Viele werden aufgeben müssen
Bevölkerung insgesamt	56 %
Männer	51
Frauen	61

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6161

### Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Frage: "Wie wird sich die Arbeitslosigkeit entwickeln?"

Wird stark steigen	17 %
Wird etwas steigen	52
Wird in etwa gleichbleiben	19
Wird sinken	7
Unentschieden, schwer zu sagen	5

### Persönliche Betroffenheit

Frage: "Wie hat sich die Corona-Krise auf Ihre wirtschaftliche Lage ausgewirkt?"

	Bevölkerung insgesamt	Berufstätige
Ich habe wegen der Corona-Krise Einkommenseinbußen	18 %	23
Meine wirtschaftliche Lage hat sich verschlechtert	12	15
Ich befürchte, dass sich meine wirtschaftliche Lage verschlechtern wird	12	14
Ich habe noch keine Einkommenseinbußen, befürchte das aber für die Zukunft	11	14
Ich bin derzeit in Kurzarbeit	9	14
Ich mache mir Sorgen, dass ich meinen Arbeitsplatz verlieren könnte	8	12
Ich war in Kurzarbeit, bin es aber nicht mehr	7	10
Meine wirtschaftliche Lage hat sich verbessert	6	7
Ich habe wegen der Corona-Krise meinen Arbeitsplatz verloren	4	3
Nichts davon	49	38

### Bedeutung der Automobilindustrie?

Frage: "Welche Rolle wird die Autoindustrie für die wirtschaftliche Entwicklung spielen?"

	Weitere wirtschaftliche Entwicklung			
	Bevölkerung insgesamt %	eher bergauf %	gleich bleibend %	eher bergab %
Wird zu erfolgreicher weiterer Entwicklung beitragen	30	50	29	18
Wird in ihrer Bedeutung sinken	49	38	43	64
Unentschieden	21	12	28	18

### Wachstum oder Klimaschutz?

Frage: "Vereinbart die Landesregierung die Ziele Wirtschaftswachstum und Klimaschutz gut miteinander?"

Regierung -	Anteil
vereinbart Ziele gut miteinander	22 %
konzentriert sich zu sehr auf Förderung der Wirtschaft	24
konzentriert sich zu sehr auf Klimaschutz	24
Unentschieden	30

# Weniger Einkommen, viel Kurzarbeit

*Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise machen den Baden-Württembergern auch persönlich zu schaffen – Mehrheit sieht das Ländle aber grundsätzlich gut aufgestellt*

Von Sören S. Sgries

**Heidelberg.** Wie schlimm wird das Jahr 2021 wohl werden? Das war eine der Fragen, die das Institut Allensbach im Auftrag der Tageszeitungen im Land über 1000 repräsentativ ausgewählten Baden-Württembergern stellte. Das Ergebnis: Mehr als die Hälfte der Befragten, insgesamt 51 Prozent, blickt mit Skepsis (31) oder Befürchtungen (20) ins neue Jahr. 40 Prozent sehen den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen, so die Antworten, die im Umfragezeitraum vom 11. bis 21. Dezember gegeben wurden. Das Bemerkenswerte: Die Zahl der Optimisten steigt kontinuierlich. Noch im Oktober zeigten sich nur 30 Prozent der Befragten hoffnungsvoll. Die weiteren Ergebnisse im dritten „BaWü-Check“:

**> Jeder Fünfte mit Einkommenseinbußen:** Die Corona-Krise macht sich im Geldbeutel vieler Baden-Württembergern bemerkbar. 18 Prozent der Befragten berichten von Einkommenseinbußen. Bei den Berufstätigen war es sogar fast jeder Vierte (23 Prozent). Zwölf Prozent sagten, ihre wirtschaftliche Lage habe sich

bereits verschlechtert – und eine genau so große Zahl fürchtete das für die Zukunft. Es gab aber auch einige, für die sich die wirtschaftliche Lage durch Corona verbessert hat. Sechs Prozent der Befragten gab das an.

**> Kurzarbeit und Jobverlust:** 14 Prozent der befragten Beschäftigten befanden sich zum Umfragezeitpunkt in Kurzarbeit. Weitere zehn Prozent sagten, sie waren bereits in Kurzarbeit, seien es jetzt aber nicht mehr. Den Arbeitsplatz wegen der Corona-Krise verloren haben nach eigenen Angaben vier Prozent der Befragten. Zwölf Prozent der Beschäftigten machen sich Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes.

**> Entwicklung in nächster Zeit:** In den kommenden Monaten wird eine eher ungünstige Entwicklung angenommen. Nur 28 Prozent der Bevölkerung erwarten 2021 einen Aufwärtstrend in der Wirtschaft. Das ist abwärts geht, befürchten hingegen 37 Prozent. Damit sind die Zahlen aber noch positiver als im Bundesvergleich: Dort erwarten 46 Prozent eine negative und 17 Prozent eine positive

Entwicklung. Einen Anstieg der Arbeitslosigkeit befürchteten 69 Prozent der Befragten. Auch zahlreiche Insolvenzen werden erwartet: 56 Prozent der Befragten sagten, viele Unternehmen und Selbstständige werden aufgeben müssen. Hier unterscheidet sich der Blick aber je nach persönlicher Erfahrung. Von denjenigen, die sich selbst als „Opfer“ der Corona-Krise sehen, erwarten 66 Prozent viele Firmenpleiten. Bei den „Profiteuren“ der Krise teilen diese Einschätzung nur 38 Prozent.

**> Verödung der Innenstädte:** Dass die Corona-Krise die Stadtkerne verändert, dem stimmen 70 Prozent der Befragten zu. Nur 15 Prozent halten entsprechende Warnungen für übertrieben. Von denen, die eine Verödung erwarten, denken 40 Prozent, dass ein dauerhafter Attraktivitätsverlust eintreten wird. An eine rasche Wiederbelebung glauben nur 14 Prozent.

**> Leitbranche in der Krise:** Dem zweitwichtigsten Industriezweig neben dem Maschinenbau, der Automobilindustrie, trauen nur noch 30 Prozent der Befragten zu, dass er auch künftig zu einer erfolgrei-

chen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen wird. 49 Prozent erwarten, dass diese Industrie an Bedeutung verlieren wird.

**> Rückstand bei der Digitalisierung:** Schlechte Noten für die Unternehmen im Ländle in Sachen Digitalisierung: 59 Prozent der Befragten sagen, die Unternehmen „hinken hinterher“. Nur 21 Prozent sehen die Firmen gut aufgestellt.

**> Starkes Wirtschaftsland:** Trotz großer persönlicher Betroffenheit durch die Corona-Krise: Grundsätzlich halten die Baden-Württemberger ihr Land für wirtschaftlich stark aufgestellt. 57 Prozent

schätzen die wirtschaftliche Lage als gut (51) oder sogar sehr gut (6) ein. Wobei hier die Unterschiede zwischen den Geschlechtern auffällig sind: Während 68 Prozent der Männer eine gute Wirtschaftslage sehen, sind es bei den Frauen nur 47 Prozent. Und auch die Bildung spielt eine Rolle. Bei höherer Schulbildung zeigen sich fast drei Viertel der Befragten optimistisch, während bei niedriger Bildung nur 45 Prozent zufrieden sind.

**> Muss der Ministerpräsident mehr tun?** Nur 39 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass sich Winfried Kretschmann ausreichend für die Wirtschaft einsetzt. Fast genau so viele, nämlich 38 Prozent, fordern mehr Engagement. Spannend ist dabei die Beurteilung der Regierungspolitik zu Klimaschutz und Wirtschaftswachstum: 24 Prozent werfen der grün-schwarzen Landesregierung vor, sie konzentriere sich zu sehr auf den Klimaschutz. Ebenso viele sehen eine zu starke Konzentration auf die Wirtschaft. 22 Prozent sagen, beide Ziele werden gut miteinander vereinbart.

### DIE UMFRAGE

**> Der BaWü-Check:** Einmal im Monat befragt das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg mehr als 1000 Menschen zu Themen der Landespolitik.

## Deutliche Lerndefizite bei Schülern

**Stuttgart.** (dpa) Die Corona-Pandemie hat aus Sicht der Lehrer im Land bereits jetzt zu erheblichen Lernrückständen bei vielen Schülern geführt. Das ergab eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung mit Sitz in Stuttgart, über die die „Zeit“ berichtet. Demnach bemängelt fast jeder dritte Lehrer (27 Prozent) bei mehr als der Hälfte der Schüler messbare Defizite. Elf Prozent gaben an, dass die Pandemie zu Lernrückständen bei fast allen Schülern geführt habe. 29 Prozent gehen davon aus, dass weniger als die Hälfte der Schüler Lernrückstände aufweisen. Besonders Förderschüler leiden der Umfrage zufolge unter den Corona-Bedingungen. Hier bestätigt jede zweite Lehrkraft (54 Prozent) bei mehr als der Hälfte der Schülerschaft messbare Defizite.

Bei der digitalen Ausstattung sind die Schulen in Deutschland nach Auffassung der Lehrer trotz Corona-Krise kaum vorangekommen. 61 Prozent der befragten Lehrkräfte gaben an, dass sie weniger gut oder schlecht auf den Fernunterricht vorbereitet seien. Dieser Wert ist im Vergleich zum April (66 Prozent) nur wenig gesunken.

## „Politisches Totalversagen“

*SPD fordert den Rücktritt von Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut*

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

**Stuttgart.** Wenige Tage nach der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses zum Expo-Debakel hat die SPD-Fraktion den Rücktritt von Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) gefordert. SPD-Fraktionschef Andreas Stoch warf ihr am Mittwoch „politisches Totalversagen“ und die „Versenkung von mindestens 15 Millionen Euro Steuergeldern am Persischen Golf“ vor. Eine heillos überforderte Ministerin aber könne sich das Land in der aktuellen Corona-Krise nicht leisten. „Das Dubai-Debakel ist ein Hoffmeister-Kraut-Debakel“, sagte der SPD-Obmann im Ausschuss, Daniel Born. Zum finanziellen Schaden für das Land komme ein erheblicher Renommee-Schaden hinzu, dafür müsse Hoffmeister-Kraut „geradestehen“.

Dagegen hielt CDU-Obfrau Marion Gentges der SPD taktisches Kalkül vor: „Wenige Wochen vor der Landtagswahl offenbart die SPD große Verzweiflung. Aber für diese Rücktrittsforderung hat der Untersuchungsausschuss wirklich



CDU und Grüne stehen zu Hoffmeister-Kraut: Nur wegen „Fehleinschätzungen“ seien Rücktrittsforderungen nicht angebracht. Foto: dpa

keinerlei Grundlage geliefert.“ Schützenhilfe erhielt Hoffmeister-Kraut auch vom grünen Koalitionspartner. Die Ministerin habe „Fehleinschätzungen“ benannt, sagte Grünen-Obfrau Andrea Lindlohr. „Wir gehen davon aus, dass das Ministerium in Zukunft dafür Sorge trägt, dass das Land nicht noch einmal unbeabsichtigt in ein Vertragsverhältnis gerät.“ Eine Rücktrittsforderung sei daher „nicht angebracht“.

Die FDP, die gemeinsam mit der SPD die Einsetzung des Ausschusses bean-

tragt hat, will sich erst an diesem Donnerstag nach Abschluss ihrer Fraktionsklausur äußern.

Der Ausschuss ist der Frage nachgegangen, wie es dazu kommen konnte, dass das Land entgegen allen Absichten Vertragspartner der Macher der Weltausstellung in Dubai geworden ist und nun voll für die auf mindestens 15 Millionen Euro taxierten Kosten aufkommen muss. Ursprünglich hatten drei Projektpartner – die Ingenieurkammer Baden-Württemberg, das Stuttgarter Fraunhofer-Institut und die Messe Freiburg – das Projekt verantworten und über Sponsorengelder finanzieren wollen.

Das Land sollte das Projekt nur politisch „flankieren“. Die damalige Abteilungsleiterin im Wirtschaftsministerium, die heutige Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz, hatte den Zuständigen der privaten Initiative gegenüber Dubai aber zum Generalkommissar mit dem Recht benannt, für das Land zu unterzeichnen. Die Expo-Macher durften daher annehmen, dass sie mit dem Land einen Vertrag eingingen.

### NACHRICHTEN

#### Bücher abholen erlaubt

Nach fast drei Wochen coronabedingter Schließung dürfen nun nicht nur wissenschaftliche, sondern auch öffentliche Bibliotheken einen Abholservice für ihre Nutzer anbieten. Dies teilte der Städtetag am Mittwoch mit. In der aktuellen Coronaverordnung ist dieser Dienst nur bei wissenschaftlichen Bibliotheken und Archiven ausdrücklich vorgesehen. Der Verband hatte sich beim Sozialministerium erfolgreich für eine Gleichbehandlung aller Bibliotheken eingesetzt. Eine Klarstellung soll bei der nächsten Änderung der Verordnung erfolgen.

#### CDU will die Polizei weiter stärken

Die Südwest-CDU zieht mit der Forderung nach mehr Personal und mehr Geld für die Polizei in den Landtagswahlkampf. Wie aus dem Entwurf für das Wahlprogramm hervorgeht, will die Union 1400 Einstellungen pro Jahr durchsetzen. Darüber hinaus sollen 250 Digital-Experten sowie 250 Einsatz- und Ermittlungsassistenten eingestellt werden. Jedes der 13 regionalen Polizeipräsidien soll einen eigenen Einsatzzug erhalten.